

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wiederjählicher Abonnementspreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 M.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Ditsch-Drucker).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen von Rechts:  
Geschäftsamt: 45 Pf., Familienamt: 15 Pf.  
Vereinsamt: 10 Pf., Arbeitsmarkt: gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 60.

Berlin, Mittwoch, 5. August 1908.

Wierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Ausländische Arbeiter. — Gewerksvereine und evangelische  
Arbeitervereine. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-  
Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Ausländische Arbeiter.

Wir haben wiederholt betont, daß wir keine grundsätzlichen Gegner der Zulassung fremder Arbeiter sind. Das ist auch selbstverständlich. Deutsche Arbeiter sind über die ganze Welt verstreut und genießen Gastfreundschaft in fremden Ländern. Wie könnte es uns da einfallen, zu verlangen, daß fremden, in Deutschland Beschäftigung suchenden Arbeitern die Landesgrenze verschlossen werde! Wir haben aber stets geltend gemacht, daß es ein schweres Unrecht ist, einem Volke wie dem deutschen, das auf eigenem Boden nicht genug Lebensmittel für seine Ernährung zu erzeugen vermag, die Zufuhr von Lebensmitteln aus fremden Ländern durch hohe Zölle zu erschweren, andererseits aber die Heranziehung fremder Arbeitskräfte, die doch an dem Verzehr der ohnehin unzureichenden Lebensmittel teilnehmen, noch künstlich zu fördern. In dem einen wie im anderen Falle ist es die Staatsgewalt, die hierfür die Verantwortung trägt. Unser Verbandsvorsitzender hat im Abgeordnetenhaus dieses Unrecht wiederholt mit gebührender Schärfe gegeißelt.

Von agrarischer Seite wurde hiergegen auf den Arbeitermangel in der Landwirtschaft hingewiesen. Man prägte dafür das Wort „Leutenot“. Unser verstorbenen Anwalt warf dann die Frage auf, inwiefern die Leutenot auf die Not der Leute zurückzuführen sei, und beantwortete diese Frage dahin, daß die starke Abwanderung vom platten Lande in die Städte und Industriezentren zu einem guten Teile auf die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter zurückzuführen sei. Die Agrarier bestritten dies und verlangten gesetzgeberische und politische Maßnahmen zur Fesselung der Arbeiter an die Scholle.

Als eines der Mittel, mit welchem der Leutenot auf dem Lande abgeholfen sei, empfahlen sie der Staatsregierung — insbesondere wandten sie sich an den Minister für öffentliche Bauten und der Eisenbahnen —, beim Eisenbahn- und Kanalbau fremde Arbeiter zu verwenden, damit die einheimischen nicht der Landwirtschaft den Rücken kehren und für höheren Lohn Arbeit bei jenen staatlichen Eisenbahn- und Kanalbauten nähmen. Früher waren die Unternehmer gehalten, bei diesen Arbeiten die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeiter vorweg zu berücksichtigen. Die Klagen der Agrarier, die im Abgeordnetenhaus übermächtig sind — warum sie es sind, haben wir in dem Artikel „Ein Vorgang zum Nachdenken“ (Nr. 57) andeutungsweise besprochen — fanden bei der Staatsregierung ein williges Ohr. Wie eindringlich diese Klagen waren, das kann man sich gegenwärtigen, wenn man die Verhandlungen über den Mittelland-Kanal liest, den die Agrarier — von der Mitte bis zur äußersten Rechten des Abgeordnetenhauses — scheitern ließen, u. a. auch, weil die Kanalarbeit noch weiter die Landwirtschaft von ihren Arbeitern entblöße. Auch bei den jährlich wiederkehrenden Verhandlungen über den Etat der Landwirtschaft spielt die „Leutenot“ eine große Rolle.

Niemand klagt und schreit so eindringlich wie der Agrarier, am allerlauteften aber tut es der agrarische Junker, dessen Einfluß schon durch seine gesellschaftliche Stellung und seine Beziehungen zum Hofe besonders groß ist.

Ist es da weiter verwunderlich, wenn die Regierung auf alles eingeht, was die Agrarier wollen? Die Junker halten mit dem Wort: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut!“ Der König und seine Regierung regieren konstitutionell, wenn sie tun, was die Parlamentsmehrheit verlangt. Und in Preußen verlangt die agrarische Parlamentsmehrheit hohe Preise für ihre Produkte und billige Arbeitskräfte. Da muß die Zufuhr von Lebensmitteln erschwert, die Zulassung fremder Arbeitskräfte erleichtert werden.

Darauf ist es zurückzuführen, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten den Tiefbau-Unternehmern (schreiben) konnte:

„Dem Bedürfnis der Tiefbauunternehmer nach Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte wird im Bereiche der mit unterstellten Verwaltung bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen. So ist die frühere Bestimmung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Fels-, Robungs- und Böfungsarbeiten, wonach bei der Annahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeiter vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen waren, aufgehoben, und es ist den Unternehmern ausdrücklich anheimgestellt worden, ihren Bedarf an Arbeitern durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zu decken. In wie ausgedehnter Weise hier von Gebrauch gemacht worden ist, beweist die Tatsache, daß beispielsweise allein von den Unternehmern staatlicher Eisenbahnbauten um die Mitte des vorigen Jahres über 23000 ausländische Arbeiter beschäftigt wurden. Zu derselben Zeit wurden von den bei der Ausführung staatlicher Hoch- und Wasserbauten tätigen Unternehmern unter 18500 Arbeitern 1950, also 10 p Ct. Ausländer beschäftigt. Bei den nach dem Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 aufzuführenden großen Wasserbauten wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden.“

Hätte die wirtschaftliche Entwicklung nach oben weiter angehalten, so daß dann auch die Nachfrage nach Arbeitskräften sich noch mehr gesteigert hätte, dann würde die Arbeiterschaft die Verfügung des Ministers etwas ruhiger hingenommen haben als jetzt. Daran ist aber der preussische St. Bürokratismus schuld, daß die Verfügung herausgegeben wurde in einem Augenblicke, wo Hunderttausende deutscher Arbeiter beschäftigungslos sind, und gerade darum so verbitternd wirken mußte. Wäre im Ministerium auch nur ein einziger Mann, der lebendige Fühlung mit der Außenwelt hält und die Lage des Arbeitsmarktes zu beobachten vermag, dann wäre wohl dafür gesorgt worden, daß die Verfügung des Ministers so lange in der Tasche verwehrt worden wäre, bis der wirtschaftliche Niedergang überwunden und eine neue, bessere Konjunktur eingeleitet hätte.

Es muß die Arbeiterschaft aber geradezu aufpeisigen, wenn mit so wenig Kenntnis der Marktlage regiert wird und fremde Arbeiter massenweise ins Land geholt werden, während die Söhne des eigenen Landes in Massen beschäftigungslos sind.

Das ist gewiß eine ernste Sache! Gott bewahre aber die Arbeiter vor Freunden, wie sie sich ihnen bei dieser Gelegenheit in der antisemitischen „Staatsbürger-Ztg.“ aufzudrängen versuchen. Das Blatt wünschte, daß ein nationaler Sturm sich erhebe, diesen antinational wirkenden

\*) Wir haben die ganze Verfügung bereits in Nr. 57 zum Abdruck gebracht.

Erlaß hinwegzusehen — und, so es not ist, den schuldigen Urheber dazu“. Dieser Heuchelei gegenüber bemerkt die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ mit einigem Hohn: „Wenn wir uns recht erinnern, haben damals auch Kreuze und Voltstiter, die der „Staatsbürger-Ztg.“ recht nahe standen, im Interesse besonders der Landwirtschaft diese Aufhebung verlangt oder doch sich mit ihr einverstanden erklärt.“

Von Leuten, die, um die Agrarier zu gewinnen, den Minister mit veranlassen, fremde Arbeiter ins Land zu holen und, tut er es dann, ihm in flammenden Worten den Krieg erklären, hat die Arbeiterschaft nichts zu erwarten. Doppelzüngigkeit und Heuchelei ist allen anständigen Arbeitern ganz besonders zuwider.

### □ Gewerksvereine und evangelische Arbeitervereine.

II.

Nach mancherlei kleinerem Geplänkel nimmt nun in der Marburger „Christlichen Welt“ einer der temperamentvollsten und kampfeslustigsten Führer der Behrensgruppe, Herr Farrer Schwalter, das Wort zu der Sache. Das „Reich“ und Blätter seines Schlags drucken den Aufsatz mit Wohlbehagen ab unter dem Titel: „Die gegenwärtige Lage innerhalb der Evangelischen Arbeitervereine“. Wir geben den Aufsatz in etwas weiterem Umfange wieder.

Gleich am Eingang heißt es:

„Wer nur die Zeitungsberichte über den diesjährigen Delegiertentag der Evangelischen Arbeitervereine gelesen hat, kann kaum den Eindruck gemonnen haben, daß diese Tagung den Anfang einer Wendung bedeutet, die dem ganzen Verband ein anderes Gesicht geben und sich nicht ohne schwere Störungen des Allgemeinbefindens vollziehen wird. Und doch ist dem so.“

Es wird betont, daß sich die Arbeiter mehr an den Verhandlungen beteiligen, und dann heißt es weiter:

„Nun ist aber mit diesem wie mit jedem aktiven Auftreten der Arbeiter ein gewisser Radikalismus der Form verknüpft, der den Sentoren der Bewegung ein bißchen auf die Nerven fällt.“

„Nun ist plötzlich aus dem Herrenhaus ein Volksparlament geworden; die Kinder reden mit und fordern ihr Recht.“

„Fordert schon jeder Ausgleich zwischen traditionellen Ansprüchen im Besitz Ergrauter und neuen Ansprüchen nach Geltung Ringender ein hohes Maß von Weisheit und Selbstlosigkeit, so wird die Sachlage im vorliegenden Fall noch dadurch kompliziert, daß sich hier zwei Stände gegenübersehen.“

„Akademiker oder Arbeiter als Vereinsleiter, das sei der Streipunkt. Behrens habe eine Anzahl Arbeiter in den Vorstand haben wollen. Das wurde diesmal abgelehnt.“

„Erliegt ist damit die Frage nicht; in Halle haben wir erst das Beispiel gesehen. In der Diskussion sind diesmal schon Äußerungen gefallen, die von Älteren als bitterer Undank empfunden werden mußten; ein gewisser Gegensatz zwischen Pfarrern und Arbeitern hat sich herausgebildet.“

„Schwerer würden diese Auseinandersetzungen durch den Streit um die einzelnen Gewerkschaftsrichtungen. Darüber nun heißt es:

„Bleiben also nur „Christlich“ und „Hirsch-Dunckisch“ organisiert. Jede der beiden Organisationen sieht die evangelischen Arbeitervereine als ihr Rekrutierungsfeld an. Naturgemäß. Die Arbeiter in den Arbeitervereinen sind doch schon vorbereitet auf gewerkschaftliche Ideen; man kann bei ihnen auf Werkstätten rechnen. Die Gewerkschaften werden und können niemals auf diesen Zugang verzichten, und so werden die Arbeitervereine mehr oder minder zu dem Kampfplatz, auf dem der Rivalitätsstreit der Gewerkschaften ausgefochten wird. Dagegen verwahren sich nun die Sentoren der Arbeitervereine.“

Bewegung mit aller Energie; sie wollen Frieden um jeden Preis... Ja, sie wollen... Aber die Tatsachen sind stärker als der beste Wille. Durch die Diskussion großtätig der verhaltene Zorn der beiden Richtungen und führt den ruhigen Fortgang mehr, als wenn man einmal die Geister aufeinander plagen ließe und eine Entscheidung herbeiführte, sei es selbst um den Preis der Aufopferung der einen Richtung. Die „Kirch-Dunderschen“ sind der schwächere Teil; sie haben bisher jede Gelegenheit und jede Einladung zu gemeinsamer Arbeit mit den „Christlichen“ verkannt. An ihnen ist es nun, eine Verhandlung zu suchen, und die Evangelischen Arbeitervereine müssen sie dazu zwingen oder auf ihre Mitarbeit verzichten. Sonst geht an den paar „Kirchen“ der ganze Verband zugrunde; gelähmt ist er heute schon durch den Gegensatz.

Herr Weber, dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes, wird vorgeworfen, er suche diese Klärung zu umgehen.

„Die Arbeitervereine werden vorausichtlich, wenn sie nicht unter allen Umständen Neutralität“ üben, ihren (problematischen) Einfluß auf eine der beiden Gewerkschaften verlieren; aber wenn die Neutralität darin besteht, daß man weder für die eine, noch für die andere etwas tut, und daß man für die eine nichts tun darf, um die andere nicht zu kränken: dann werden wir bald unseren Einfluß auf beide einbüßen.

Schwalbe schildert die Vorgänge bei den Wahlen in Halle.

„Kirch-Dundersch durfte der Kandidat nicht sein, damit nicht die Christlichen sich verletzt fühlen konnten, und „Christlich“ durfte er nicht sein, damit nicht die Kirch-Dunderschen über Zurücksetzung klagen konnten. So wählte man denn nach langen, verbitternden Diskussionen einen „Inorganisierten“ — zur Stärkung des Organisationsgedankens.“

„Die Situation im Gesamtschluß der Evangelischen Arbeitervereine ist nun die: direkt vertreten sind darin zurzeit die Kirch-Dunderschen (durch den Vorsitzenden des Pflüger Verbandes) und die unorganisierten nationalen Arbeiter; unvertreten aber ist die größte nationale Arbeiterorganisation, die zugleich die tüchtigste, lebenskräftigste und opferwilligste ist, die „Christliche“.

„Wahlen, d. h. Nachfragen, Gruppeninteressen werden in den Mittelpunkt der Verhandlungen treten, wenn nicht offen das schwierige Problem der Ausgleiche der verschiedenen Ansprüche angefaßt und zu lösen versucht wird. Ein künstliches Verstellen der Gegensätze oder gar ein Augenwinkeln vor der Schwierigkeit hilft da nicht.“

„Gewerkschaftlich sollen solche Persönlichkeiten neutral sein, das haben wir schon gehört. Aber parteipolitisch sollen sie auch nicht engagiert und kirchenpolitisch nicht hervorgetreten sein. Der Grundlag hat uns Süder und Raumann gefolgt; er wird uns auch Behrens kosten und noch viele andere. Aus Angst um den Frieden weicht man sich gegen alle prononzierten Persönlichkeiten.“

Schwalbe, der sich so als Vertreter scharfer Konsequenz gibt, bekommt aber plötzlich vor der Konsequenz seiner Konsequenz Angst. Er meint, man müsse die besten Persönlichkeiten in die Leitung wählen, gleichgültig, ob sie zu einer Organisation gehören oder nicht. Denn:

„Es bleibt ja jeder Richtung und Organisation der Versuch unbenommen, ihre Führer auch in leitende Stellen der Arbeitervereine einzuzubringen, so daß die Evangelischen Arbeitervereine einerseits ein Rekrutierungsfeld für all diese Richtungen und Organisationen, aber auch andererseits einen Schauplatz der Kräfte und Bestrebungen bilden, die sich in all diesen Richtungen und Organisationen auswirken und sie einander geistesverwandt machen oder erhalten.“

Schau, Schau! Oben gab wir ein Bittat wieder, worin Sch. sagt, der Gegensatz zwischen Gewerksvereinen und „Christlichen“ lähme den Gesamtverband und nun wird derselbe Sch. plötzlich „neutral“, aber neutral und will „einen Schauplatz der Kräfte und Bestrebungen bilden“, die sich „einander geistesverwandt machen oder erhalten“. Es ist gar nicht schwer, darunter auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu sammeln, denn warum soll es nicht Leute geben, die auch diese „geistesverwandt machen“ wollen. Seid umschlungen, Millionen“, von A. Schwalbe. Man sagt sich, ob der ganze unlogische Seitenprung in dem Artikel Absicht oder Zufall ist. Beherrscht Schwalbe so wenig die Gesetze der Logik, daß er in einem und demselben Aufsatz schreiben rechts und schreiben links“ kann. Ach nein, so ist die Sache gewiß nicht. Hier ist Schwalbe sein volles christlich-gewerkschaftliches Herz überquollen. Er will seine Richtung zum alleinigen Siege führen. Deshalb konstruiert er eine Lähmung des Gesamtverbandes durch den Richtungsstreit usw. Ist einmal die offizielle Entscheidung für die Christlichen gefallen, dann mögen andere Richtungen ihre Führer vorschreiben versuchen. Schwalbe trägt sich mit dem Glauben, das würde dann keinen namhaften Erfolg haben. So kann er es zum Beweise dessen, daß er ein guter Mensch ist, wagen, „am Tage nach der Revolution“ den Friedfertigen zu machen. Bald kann er aber wieder anders. Er sagt am Schluß das zusammen, was zu tun wäre nach seiner Meinung:

„Dazu gehört die Heranziehung von eigentlichen Arbeitern in die Repräsentation und Leitung, die Verbindung des oben Neutralitätsgedankens, die Ausgleiche der gewerkschaftlichen Ansprüche an die Verbandsmitglieder und die Gewinnung der führenden Geister auf dem Gebiete des Emanzipationskampfes der

Arbeiter. Nur so werden die Evangelischen Arbeitervereine als Institution eine öffentliche Macht werden, während sie es heute nur gelegentlich sind, wenn hier und da eines ihrer Glieder sich öffentliche Geltung verschafft.“

Wir geben den Inhalt des Auftrages so eingehend wieder, weil der Schwalbersche Artikel kaum ohne Einverständnis der Behrens und Numm geschrieben und sicher von ihnen begünstigt wird. Man muß also mit der bestimmten Absicht der Herren rechnen, planmäßig eine Entscheidungsschlacht zu erzwingen, die, soweit wir überlegen, für den Gesamtverband viel Vorteilhaftigkeit mit einer Katastrophe haben könnte.

(Schluß folgt.)

**Allgemeine Rundschau.**

Dienstag, den 4. August 1908.

Wie's gemacht wird! In Nr. 58 des „Gewerkvereins“ kollegieren wir über einen vollen Erfolg unserer Reihen in Siegen. Dort war die Eisenbahnwerkstätte für Arbeiter anderer Betriebe gesperrt, um den am Ort bestehenden Betrieben keine geschulten Arbeiter zu entziehen. In einer großen Versammlung, die der Maschinenbauer-Ortsverein Siegen veranstaltete, protestierten die zahlreich erschienenen Bürger und Arbeiter gegen alle derartigen Versuche mit dem Erfolg, daß der anwesende Vertreter der zuständigen Behörde erklärte, der frühere Zustand werde wieder eingeführt und die Sperre aufgehoben.

Nun bringt die sozialdemokratische Presse folgende Notiz:

„Gewerkschaftliches. — Zu einer Kundgebung für die Dreijährigkeit und das Koalitionsrecht der Arbeiter gestaltete sich eine Versammlung in Siegen. Die Versammelten verurteilten jeden Versuch der Arbeitgeber, den Arbeitern das Recht zu beschränken, ihr Brot da zu verdienen, wo es ihnen am besten gefällt. Den um ihren geschulten Arbeiterstamm besorgten Fabrikanten empfahl die Versammlung eine weitgehende Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als das beste Mittel, tüchtige Arbeiter festzuhalten.“

Das Ganze ist ein Auszug aus der in Siegen angenommenen Resolution. Kein Wort davon, daß die Gewerksvereine die Sache gemacht haben! Es soll der Anschein erweckt werden, als sei auch dies wieder ein Erfolg der „Freien“. So wird's gemacht!

Das Organ des Gewerksvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter, „Der Lederarbeiter“, empfiehlt unsere neueste Schrift wie folgt:

„Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich. Ein Leitaden für die praktische Handhabung, verfaßt von Karl Goldschmidt, dem Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine. In der 80 Druckseiten umfassenden Broschüre sind auch die landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen für Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg, Sachsen-Weimar, Hessen, Sachsen-Meinungen, Anhalt, Coburg-Gotha, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold, Neuhäuser Linie, Neuhäuser Linie, Elbsch-Lothringen, Bremen, Hamburg und Lübeck, sämtlich im Wortlaute aufgeführt. Die Broschüre dient somit den Zwecken aller Gewerksvereinsgenossen im ganzen Vaterlande. Denn neben dem einheitlichen Vereinsrecht bestehen noch zwanzigerteilte Ausführungsbestimmungen der verschiedenen Bundesstaaten.“

Die Verhandlungen über das Vereinsrecht sind im Reichstage im Zeichen leidenschaftlicher politischer Kämpfe geführt worden, wie Karl Goldschmidt mit Recht in seinem Vorwort bemerkt. Nachdem die Aufregung sich gelegt, wird das neue Gesetz von allen Parteien ruhiger und sachlicher beurteilt. Zur Zeit der politischen Hochflut war man auch in Gewerksvereinstreffen in lebhafter Gemütsbewegung. Das Mitgefühl für die armen unglücklichen Polen erzeugte eine sentimentale Stimmung. Der Verfasser widmet daher dem ominösen Sprachenparagrafen ein besonderes Kapitel über die Sprachfreiheit in den Versammlungen der Arbeitervereine und den Sprachenzwang in den öffentlichen politischen Versammlungen.

Der Verfasser hat die lange Vorgeschichte des Vereinsrechts in gedrängter Kürze und übersichtlicher Form dem Text des Gesetzes vorangestellt, dem Leser den Stoff handgreiflich zu machen. Alle die Vorgeschichte reihen sich die einzelnen Abschnitte: Das Gesetz in Beziehung zu den Arbeitervereinen, Das Recht der Vereinsbildung, Polizeiliche Auflösung eines Vereins, Politische Vereine, Anmeldung politischer Versammlungen, Nichtmeldepflicht der Berufsvereinsversammlungen usw. bis zu den jugendlichen Personen und den Schlußbestimmungen. Unseren Ortsvereinsvorständen ist die Broschüre ein unentbehrliches Informationsmittel, um bei etwaigen Uebergriffen über-eifriger Polizeibeamten die Vereinsrechte wahrnehmen und verteidigen zu können.“

Der „Mitteldeutsche Kurier“ äußert sich ebenfalls sehr anerkennend über die „gut ausgearbeitete Schrift“... Da die Vereinsgesetze der vielen einzelnen

Bundesstaaten seit dem 15. Mai d. J. außer Kraft getreten sind und an deren Stelle das Reichsvereinsgesetz getreten, ist dieser Leitaden — schon wegen Neuheit des Reichsvereinsgesetzes — ein praktisches Orientierungsbüchlein zur Inanspruchnahme des Vereins- und Verbandsvereinsrechts.“ Wir können diese 80 Seiten 80 umfängliche Schrift jedermann zum praktischen Gebrauch dringend empfehlen. Der billige Bezugspreis von 30 Pfg. pro Stück ermöglicht es jedem Kollegen, sich diese außerordentlich reichhaltige Schrift anzuschaffen.

Die Amtlichen Mitteilungen des konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg wenden sich gegen das bestehende Reichstagswahlrecht und verlangen, daß die Reform des preussischen Wahlrechts in Zusammenhang gebracht werde, sowohl mit der Reform des Gemeindevahlrechts, wie nicht minder des Reichstagswahlrechts. Gründe der Gerechtigkeit und Billigkeit sprächen dafür, und diesen könne und dürfe sich eine einsichtige Regierung niemals verschließen. Bevor hierüber keine Einigung erzielt sei, dürfe an dem preussischen Wahlrecht nicht herumgedoktert werden.

Ein ähnlicher Vorschlag ist auch früher schon von konservativer Seite gemacht worden. Man will nur dann ein einheitliches Wahlrecht für Preußen und Deutschland zugeben, wenn das Reichstagswahlrecht genau um so viel verschlechtert wird, wie das preussische Wahlrecht verbessert werden soll. Die Verquickung dieser Frage mit einer Reform des Gemeindevahlrechts läßt aber erkennen, daß es den Konservativen nur um eine Verschleppung zu tun ist. Selbstverständlich besteht in der Arbeiterkategorie darüber keine Meinungsverschiedenheit, daß das Wahlrecht vom Reichstage unverändert bestehen bleiben muß. Das preussische Wahlrecht muß bedingungslos an Haupt und Gliedern modernisiert werden und erst dann, wenn ein auf Grund eines modernen Wahlrechts gewähltes preussisches Parlament vorhanden sein wird, ist es möglich, auch das Gemeindevahlrecht zu modernisieren.

Auch auf diesem Gebiete sind im übrigen die süddeutschen Staaten bereits vorangegangen oder stehen im Begriff voranzugehen.

Uebrigens scheint System in dieser Hege gegen das Reichstagswahlrecht zu liegen. Auch das „Deutsche Adelsblatt“ beschäftigt sich mit der Gelegenheit und erklärt, daß das allgemeine und gleiche Wahlrecht vom Standpunkt der Logik und des Rechts unfaßbar erscheine und aus ethischen und politischen Gesichtspunkten gleichmäßig verwerflich sei.“

Das „Deutsche Adelsblatt“ ist in einflussreichen Kreisen verbreitet und wird dort sicherlich mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall finden. Alle wahren Volkstreue werden deshalb aufmerksam solchen Vorkommnissen folgen müssen, aus denen hervorgeht, welchen Schwierigkeiten eine zeitgemäße Wahlreform in Preußen begegnet und welche Gefahren dem Reichstagswahlrecht drohen.

Arbeiterbewegung. In Eisenberg sind sämtliche Malergesellen ausgeperrt worden, weil infolge Märgelregelung eines Gesellen die Arbeiter bei einer Feinsäge die Arbeit niederlegten.

Eine Lohnbewegung der Fensterputzer steht in Berlin bevor. Die Arbeitgeber haben den bestehenden Lohnstarif gekündigt und beabsichtigen, einem Beschlusse des Arbeitgeberverbandes entsprechend, ohne Tarif arbeiten zu lassen. Der Lohnkampf der Arbeiter im Erzgebirge, der am 21. Dezember des vorigen Jahres begann, ist ohne jeden Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Fabrikanten stellen zunächst von den zuletzt am Streik beteiligten 4000 Arbeitern die Hälfte wieder ein unter den vor dem Streik gezahlten Löhnen. — Die Beilegung der Differenzen im Stukkateurgewerbe Westfalens ist noch nicht erfolgt, vielmehr hat sich die Lage bedeutend verschärft. Infolge dieses ergebnislosen Verhandlungs beschlusses die Unternehmer, die Stukkateurgehilfen auf weitere 8 Tage auszu-perrern in folgenden Orten: Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Kamen, Recklinghausen, Unna und Sagen. — In Bünde (Westfalen) sind vor vielen Wochen die Arbeiter in einen Streik getreten, weil eine geforderte Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pfg. und der Affordlöhne um 5 Prozent abgelehnt wurde. Nachdem die mehrmaligen unter-nommenen Einigungsverhandlungen ohne Erfolg blieben, sind am 1. August weitere 100 Arbeiter am Orte ausgeperrt worden. — Nachdem die Rieter der Schiffswerft Vulkan in Slet-tin das Angebot der Direktion abgelehnt haben, wird der Streik für eine große Zahl von un-beteiligten Arbeitern anderer Betriebe verhängnis-voll. Die Vereinigung der Eisenindustriellen Slet-tins will vom 8. August an eine Betriebs-einschränkung eintreten lassen, von der zunächst 60 Prozent

der Arbeiter betroffen werden sollen. Auch die Gruppe deutscher Seeschiffswerften des Verbandes Eisenindustrieller hat eine allgemeine Einschränkung der Betriebe beschlossen, falls die Diener des „Bulken“ bis zum 7. August die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juni war nach dem „Reichsarbeitsblatt“ erheblich beeinflusst durch die Nachfrage nach Arbeitskräften, die seitens der Landwirtschaft zur Bewältigung der Heuernte umhervergerufen wurde. Der Umstand bewirkte vielfach eine Verschiebung in der Beschäftigung der arbeitenden Bevölkerung. In ähnlicher Weise wirkte der im Juni beginnende Reiseverkehr in die Bade- und Kurorte. Daneben machten sich in einer Reihe von Gewerben Saisoninflüsse geltend, insbesondere trat in verschiedenen Zweigen der Bekleidungsindustrie und im Handelsgewerbe nach dem Abschluss des Pfingstgeschäftes eine gewisse Ruhe ein. Davon abgesehen hat sich die Gesamtsituation verhältnismäßig wenig geändert. Der Kohlenbergbau war im wesentlichen günstiger beschäftigt wie in den Vormonaten. Gleichfalls wenig Veränderung zeigt die elektrische und chemische Industrie, wenn sich auch die Lage im Vergleich zu dem sehr günstigen Vorjahr verschlechtert hat. Auch der Lokomotiv- und Eisenbahnwagenbau war im allgemeinen immer noch stark mit Aufträgen versehen. Im Baugewerbe hat sich der Beschäftigungsgrad noch etwas gehoben. Was die Metall- und Maschinenindustrie betrifft, so waren die Eisen- und Stahlwerke Nord- und auch Mitteldeutschlands wenig betrieblig beschäftigt. Dasselbe gilt für die Blechwalzwerke und große Zweige der Kleinindustrie. Im allgemeinen Maschinenbau machte sich im Vergleich zum Vormonat vielfach ein Wiedererlangen an Aufträgen geltend. Ungünstig lauten nach wie vor die Berichte aus der Textilindustrie, im großen Umfang mußten hier Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen werden. Was das Schiffbauergewerbe betrifft, so war die Lage auf dem Rhein und insbesondere auf der Elbe nicht befriedigend.

Die Berichte der Arbeitsnachweise gehen dahin, daß sich vielfach die Arbeitsverhältnisse gebessert haben, allerdings meist nur vorübergehend, wie z. B. in Berlin. Günstig lauten nach wie vor die Berichte aus Bayern. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich vom 1. Juni bis den 1. Juli 1908 eine Abnahme der Beschäftigungsziffer um 37 951 Personen gegenüber einer Abnahme von 11 976 Personen im gleichen Monat des Vorjahres. Dieser alljährlich erscheinende Rückgang hängt allerdings zu einem großen Teil auch in diesem Jahre mit dem Uebertritt von Arbeitskräften in die Landwirtschaft und dem Abgang von Arbeitern nach den Kur- und Badeorten zusammen. Die Arbeitslosenstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes umschlossenen Arbeitnehmerverbände stellte sich an den drei Stichtagen im April, Mai und Juni auf 2,8 bzw. 2,8 und 2,9 vSt. der Mitglieder der angeschlossenen Verbände.

Die Verkehrsmaßnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren auch im Juni niedriger als im Vorjahr, und zwar um 6 076 875 Mt. Dies bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Verringerung von 153 Mt. oder 6,02 vSt. auf den Kilometer.

In seiner Theorie vom Mehrwert setzt Karl Marx auseinander, daß die Arbeiter nur einen Teil des Arbeitsertrages, der ihnen ganz gebührt, bekommen. Die diese Theorie beachtet wird, wenn „zielbewußte“ Genossen Arbeitgeber werden, das muß zu ihrem Scherz die „Solgarbeiter-Stg.“ vor der Welt bekennen:

Nach jeder größeren Bewegung im Solginindustriegebiete bilden einige Solgarbeiter mit unzureichenden Mitteln genossenschaftliche Betriebe, die nur durch große Schinderei über Wasser gehalten werden. In außerordentlich lange Arbeitszeit und für Gefellen schlecht gestaltete Arbeitspreise bekommen oft solche neu gegründeten Zweigbetriebe aus und wirken den Bestrebungen der Tischlergesellen auf günstigere Arbeitsbedingungen entgegen. Zu dieser Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen gesellen sich hier und da noch weitere Schädigungen der Interessen der Arbeiterklasse. So habe sich aus Anlaß des letzten Arbeiterarbeiterstreiks eine Genossenschaft aus Streikenden gebildet, die hernach direkt Streik- und Arbeiterarbeit verrichtete. In der Arbeit- und Arbeiterbewegung hat einige solcher Genossenschaften unterstellt, als die Solgarbeiter Beförderung der Arbeitsbedingungen verlangten. Der Artikel schließt mit folgender beherzigenswerten Mahnung: „Unseren Verbandskollegen kann nur empfohlen werden, sich den Eintritt in Genossenschaftsbetriebe recht gründlich zu überlegen. Um einigermaßen Verdienste zu erzielen, muß, wie die Beispiele beweisen, Überzeigung gearbeitet werden. Ein Teil des Verdienstes muß in Maschinen und Werkzeuge gesteckt werden. Ueberflüsse sind am Jahresabschluss meist nur im geringem Maße vorhanden, das zeigen die veröffent-

lichten Bilanzen. Es kann ruhig gesagt werden: Genossenschaftsbetriebe, wie wir sie hier im Berliner Tischlergewerbe haben, sind zum weitaus größten Teil zum Schaden für die Beteiligten selbst und für die in Frage kommenden Gefellen und Arbeiter.“

Zielbewußte Genossen gehen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband Hand in Hand gegen ihre Gefellen, die bessere Arbeitsbedingungen verlangen. „Zielbewußte“ Meister und Gefellen liefern Streikbrecherarbeit. Von dem Ertrage der Arbeit muß ein Teil in die Maschinen und Werkzeuge gesteckt werden. Armer Karl Marx, was machen Deine Genossen doch für saubere Sachen mit Deiner schönen Theorie. Hättest Du ihnen mit Deiner Theorie nicht den Kopf wir gemacht, dann wären sie in stände Genossenschaften zu bilden und durchzuführen. Vor allem wären sie dann in mächtigen Gewerksvereinen organisiert auch stark genug dazu. Die englischen Gewerksvereine haben mit ihren „redlichen Pomieren von Rochdale“ bewiesen, was der genossenschaftliche Zusammenschluß leisten kann, wenn die Genossen keine „Genossen“ sind.

Schlecht verhehlter Aerger. Infolge ihrer eigenen Dummheit wurden die Wahlen der sozialdemokratischen Gewerksgerichtsbeisitzer in Breslau für ungültig erklärt, und da unsere Verbandsgenossen nächst ihnen die meisten Stimmen auf sich vereinigten hatten, zogen sie als Beisitzer in das Gewerksgericht ein. Darüber herrscht natürlich gewaltiger Aerger unter den „Genossen“, der immer und immer wieder mehr oder weniger offen zum Ausdruck gelangt. Namentlich die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ benutzt jede passende und unpassende Gelegenheit, sich dafür an unseren Gewerksgerichtsbeisitzern zu reiben. In einer längeren Polemik vom 29. Juli wirft sie ihnen Unerfahrenheit und Unkenntnis des Gesetzes vor, die sie ungeeignet mache, ihr Amt so zu vertreten, daß dem Arbeiter kein Schaden entsteht. Das Blatt sollte doch den Mund nicht allzu voll nehmen; denn wie wenig Verstand kann man erst bei solchen Leuten voraussetzen, die nicht einmal in stände sind, ordnungsgemäß die Vorbereitungen für eine Gewerksgerichtswahl zu treffen.

In einem längeren Artikel der „Breslauer Morgenzeitung“ wird denn auch dem roten Blatte von dem Verbandsgenossen Müller-Breslau ganz gehörig und durchaus zureichend der Text gegeben. Wenn das sozialdemokratische Blatt den Hirsch-Dunderische Beisitzern die Fähigkeit abspredhe, sachkundig ihres Amtes zu walten, so bediene es sich derselben Phrase, gegen die es wohl selbst schon oft energisch Stellung genommen hat, wenn nämlich an Stelle der Worte „Hirsch-Dunderische Beisitzer“ das Wort „Laie“ steht und die ganze Phrase als Angriff von Juristjuristen gegen unsere Laie gerichtet erpoben wurde. Und dann fährt Kollege Müller fort:

„Man kritisiert aber das Blatt nicht nur das juristische Verständnis der „Fisdie“, sondern auch, und hier wird die „patentierete Vertreterin“ der Arbeiterinteressen für diese gefährlich, sie kritisiert auch das mangelnde Solidaritätsgelüb dieser Arbeitnehmerbeisitzer, indem sie in dieser Polemik sagt: „Das Gewerksgericht als soziale Institution braucht sich nicht durchaus an den toten Buchstaben zu halten.“

Zunächst muß man dabei eine höchst bedauerliche Begriffsverwirrung bei der „Volkswacht“ konstatieren; denn die Gewerksgerichte können doch nur insoweit eine soziale Einrichtung genannt werden, als ihnen die Aufgabe zufällt, den Arbeitnehmern schnell und billig zu ihrem Rechte zu verhelfen. Sonst muß Recht auch beim Sondergericht Recht bleiben und eine „soziale Rechtspredung“, wie sie das genannte Blatt verlangt, haben wir bisher in Deutschland noch nicht; es wäre auch eine starke Zumutung (wie sie auf die Dauer nicht einmal im Zukunftsstaate aufrecht erhalten ließe), an den Arbeitgeber, sich einem Gerichte unterwerfen zu müssen, das eine soziale Institution ist, die sich nicht durchaus nach dem toten Buchstaben des Gesetzes zu richten hat“, und das von vorn herein die wirtschaftliche und soziale Stellung des einen Streittheiles zu dessen Gunsten prinzipiell als milderbenden Umstand berücksichtigt!

Merkt denn die „Volkswacht“ bei dieser Forderung an ein Sondergericht gar nicht, daß sie hier nicht mehr und nicht weniger als die Berechtigung von Klassenurteilen proklamiert; denn für ein Klassenurteil ist doch gleichgültig, welcher Klasse es zugute kommt, und es ist eine Entschädigung, gegen die auch dann nicht stark genug Front gemacht werden kann, wenn es auch nur in einer geringfügigen Sache gefällig wird.“

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Die Polemik des sozialdemokratischen Blattes beweist nur von neuem, daß die Rut blind macht. Die Breslauer „Volkswacht“ war mit der Antwort des Kollegen Müller jedoch nicht zufrieden und versuchte eine weitere Widerlegung, die ihr aber einen glänzenden Reinsfall eingetragen hat. Das Blatt meint nämlich, man könne mit Müller über Gewerksgerichtssachen nicht gut streiten, als einem, „der seine Nase noch niemals in Gewerksgerichtsstreke“. Darauf antwortete Kollege Müller treffend in der „Breslauer Morgen-Ztg.“, daß er als Gewerksvereinsbeamter in Berlin Leiter der Rechtschutzabteilung des Vereins der Deutschen Kaufleute war und als solcher besonders

bei den verschiedenen Kaufmannsgerichten, aber auch bei den Gewerksgerichten, Hunderte und Hunderte von Arbeitnehmern vertreten hat. Aus diesem Grunde könne er sich wohl ein Urteil über die Verhältnisse an Sondergerichten anmaßen. Das sozialdemokratische Breslauer Blatt täte nach dieser neuen Abfertigung in seinem eigenen Interesse wirklich besser daran, wenn es seinen nutzlosen Kampf gegen die Gewerksvereiner aufgäbe. Vorbeeren kann es doch nicht ernten.

Ueber die Steueranschnittspflicht des Arbeitgebers, wie sie die Novelle zum Einkommensteuergesetz den Arbeitgebern auferlegt (§ 23 Absatz 3), äußert sich Gerichtsassessor Dr. jur. Robert Berndt im „Berliner Tageblatt“. Der Verfasser befaßt sich in der Hauptsache mit den Schwierigkeiten, die den Arbeitgebern aus dieser Verpflichtung entstehen und weist treffend nach, daß die Einkünfte nicht immer das wirkliche Einkommen für das Steuerjahr angeben können, weil die Angaben nur die Zeit von Januar bis 1. Oktober umfassen. Aber gerade die letzten drei Monate des Jahres bringen für viele Arbeiter geringere Einnahmen, so daß die Steuerbehörde, die einfach ein Drittel zuzählt, den Steuerpflichtigen in der Regel „überhäuft“.

Was nun diesen Mangel in der Ermittlung des Jahres Einkommens der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber so außerordentlich unangenehm bemerkl macht, das sind die Reklamationen der Beteiligten gegen die als zu hoch bemängelten Einschätzungen. Denn in diesem Stadium beginnt für ihn eine neue Arbeit, die an Mühseligkeit die bei Aufstellung der generellen Listen gefleht noch erheblich übertrifft. Trägt nämlich der Arbeitnehmer seine Beschwerde zu Protokoll der Behörde vor, so wird er angewiesen, eine Bescheinigung seines Arbeitgebers vorzulegen, in der sein tatsächliches Einkommen an Lohn, Provision, Naturalien usw., abzüglich der in Anrechnung gebrachten Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung, für das der Veranlagung vorangegangene Kalenderjahr genau angegeben ist. Wohlgemerkt: für das Kalenderjahr, also für einen ganz anderen Zeitraum als den, in der generellen Aufstellung bezüglich des gleichen Arbeitnehmers berücksichtigt war. Der Arbeitgeber kann sich der Ausstellung der erstellten Bescheinigung um so weniger entziehen, als er damit zweifellos nur diejenige Arbeit vorweg nimmt, die ihm seitens der zur Einschätzung über die Reklamationen berufenen Behörden später auf Grund der §§ 40 und 45 des Einkommensteuergesetzes (Zugangspunkt im Rechtsmittelverfahren) doch auferlegt werden würde.

In welchem enormen Umfang sich so die Notwendigkeit ergibt, das Einkommen einer und derselben Person zu zwecken einer Veranlagung für zwei verschiedene Zeiträume zu ermitteln, dürfte am schlagendsten durch die Tabelle illustriert werden, daß bei einem Berliner industriellen Betriebe, in dem für ungefähr 850 Angestellte die Liste auf Grund von § 23 Absatz 3 für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September 1907 angefertigt worden war, bis jetzt in nicht weniger als annähernd vierhundert Fällen gegen die Veranlagung reklamiert und in jedem Einzelfalle teils auf Ersuchen des betreffenden Beschwerdeführers, teils auf Anfordern der Steuerbehörde eine nochmalige Auskunft für das Kalenderjahr 1907 erteilt werden mußte. Man wird es bei dieser Forderung nicht vereinzelt Sachlage nicht weiter verwunderlich finden, daß ein kaufmännischer Angestellter der Firma ständig und ausschließlich mit der Herstellung dieser Auskünfte beschäftigt ist. Die Lohnauszüge ergeben übrigens tatsächlich in den meisten Fällen, daß die Einschätzung um eine bis zwei Stufen zu hoch erfolgt ist, was für die Richtigkeit der obigen Darlegung die Probe auf das Exempel bedeutet.

So erweist sich denn die gesetzliche Bestimmung über die Auskunftspflicht des Arbeitgebers immer mehr als eine Maßregel, die nicht nur ihn in ganz übermäßiger Weise belastet, sondern auch vom Standpunkt der Steuerbehörde verfehlt ist, weil sie die Zahl der Reklamationen, die doch eigentlich Ausnahmen bilden sollten, ins Ungemeine steigern muß, so lange nicht von vorn herein der ganze Zeitraum zugrunde gelegt wird, der für die Einschätzung maßgebend ist.“

Der § 23 Absatz 3 ist auf Antrag der National-Liberalen in das Gesetz hineingekommen. Die Arbeitgeber, denen durch die Auskunftspflicht eine schwere Last aufgebürdet worden ist, mögen sich daher bei jenen bedanken. Hoffentlich gelingt es schließlich doch noch, den unglücklichen Paragrafen aus dem Gesetz zu entfernen. Die Arbeiter sind durch denselben vielfach ganz zu unrecht zu einer höheren Steuerleistung herangezogen worden, was viel Erbitterung erzeugt hat. Ein Gesetz aber, was gleichzeitig Arbeitgeber und Arbeitern schadet und Aerger bereitet, sollte nicht länger aufrechterhalten werden.

Die Generalstreikprobe in Paris. Ganz Frankreich befindet sich in einer gewaltigen Aufregung. In Paris sind zurzeit 100 000 Arbeitslose vorhanden, hauptsächlich deshalb, weil die Bautätigkeit arg ins Stocken geraten ist. Dadurch sind auch andere Berufe in Mitleidenschaft gezogen, und die Not in den Arbeiterfreien ist groß. Eine starke Erregung hat sie ergriffen und es bedurfte nur eines Tropfens, um das Maß der Erbitterung zum Ueberlaufen zu bringen. Leider sind die Pariser Arbeiter nicht gut beraten und haben, von anarchistisch-sozialistischen Agitatoren überredet,

beschlossen, den Generalfreitag zu beginnen und in geschloffenem Zuge von dem Vororte Traveil nach Paris zu ziehen. Wegen ihrer heftig aufreizenden Reden aber wurden vorher einige der Streikführer von der Polizei verhaftet. Das führte zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern auf der einen und Polizei und Militär auf der anderen Seite, wobei es leider mehrere Tote und noch mehr Verwundete gab. Zahlreiche Verhaftungen sind die Folge dieser bedauerlichen Vorgänge, über die wir demnächst noch näher berichten werden. Schon heute aber muß betont werden, daß derartige Demonstrationen nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Das hat auch die Entwidlung der Dinge deutlich gezeigt. Vorgänge, wie sie sich in Traveil abgepielt haben, müssen die Folge haben, daß die Reaktion gestärkt wird und auch die berechtigten Forderungen der Arbeiter auf immer heftigeren Widerstand stoßen.

### Gewerkevereins-Teil

**S. Prenzlau.** Am 19. Juli fand hier das alljährlich wiederkehrende Agitationsfest statt. Infolge unzureichender Vorbereitung waren nur wenige Orte vertreten. Hauptstädlich waren Verbandskollegen aus Papevald, Torgelow und Stettin gekommen. Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt begrüßte in einer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache den Standpunkt der Deutschen Gewerkevereine. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion, an welcher sich mehrere Verbandskollegen und ein Gast beteiligten. Der Vorsitzende de Haas dankte dem Referenten und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Versammlung neue Anregungen zur Förderung der Gewerkevereinsfrage gegeben haben möchte. In einer darauf folgenden internen Sitzung wurde noch über die Agitation verhandelt und beschlossen, das nächste Agitationsfest in Vorpommern abzuhalten. Die Orte Eggenin, Torgelow und Uckermünde sollen sich darüber einig werden, an welchem dieser drei Orte die nächstjährige Veranstaltung abgehalten werden soll. Das Gartensfest hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Durch die wiederholten, oft sehr starken Regenfälle aber wurde das Fest mehrfach gestört.

**S. Duedlinburg.** Die Versuche, den Organisationsarbeiten in die Kreise der hier zahlreich beschäftigten Gärtnergehilfen hineinzutragen, sind von erfreulichem Erfolge gewesen. Nachdem es in zwei früheren Versammlungen geglückt war, eine stattliche Anzahl von Gärtnern für den bereits bestehenden Ortsverein neu hinzu zu gewinnen, fand am Freitag, den 31. Juli, eine neue Versammlung statt, in welcher der Verbandsredakteur, Kollege Lewin, über die sozialpolitischen Aufgaben der Deutschen Gewerkevereine sprach, um den neuen Kollegen klar zu machen, welche praktischen Ziele unsere Organisation verfolgt. Redner wies darauf hin, daß die Arbeiter an den Fortschritten unserer Zeit nicht den gebührenden Anteil haben. Wenn sich auch ihre Lebenshaltung im allgemeinen gehoben hat und die Arbeitsverhältnisse bessere geworden sind, so daß selbst die Sozialdemokratie das ehrene Lohngesetz hat fallen lassen müssen, so sind doch alle Verbesserungen wieder

hinfällig geworden durch die allgemeine Teuerung, die zurückgeführt werden müsse auf eine verkehrte Wirtschaftspolitik. Unter solchen Umständen ist es selbst den bestgehohnten Arbeitern nur selten möglich, Ersparnisse zurückzulegen, und wenn dann ungewöhnliche Ereignisse eintreten, wie Krankheit und Arbeitslosigkeit, dann hält die Not ihren Einzug. Um sich dagegen zu schützen, haben die Arbeiter sich zu Berufsvereinen zusammengeschlossen, um so auf dem Wege gemeinschaftlicher Selbsthilfe sich vor dem Schlimmsten zu schützen. Aber die Selbsthilfe allein reicht nicht aus, auch die Staatshilfe kann nicht entbehrt werden. Dies ist der Grund, daß der Deutschen Gewerkevereine von jeher gewesen, die es sich zur Ehre anrechnen können, daß diese Anschauungen jetzt allgemein Geltung gefunden haben. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen erörterte dann der Redner eingehend die von den Deutschen Gewerkevereinen aufgestellten sozialpolitischen Forderungen, wobei er namentlich diejenigen Punkte ausführlicher behandelte, die von besonderem Interesse für den Gärtnerberuf sind. Um diese sozialpolitischen Forderungen zur Geltung zu bringen, sei es notwendig, daß die Arbeiter und insbesondere die Mitglieder der Deutschen Gewerkevereine auch Einfluß auf die politischen Parteien zu gewinnen suchen. Das muß aber außerhalb der Organisation geschehen. Die Gewerkevereine selbst, ebenso wie die Ortsverbände und Ortsvereine müssen unbedingt an der partei- und kirchenpolitischen Neutralität festhalten. Außerhalb der Organisation aber muß jeder Kollege sich dort politisch betätigen, wo er es seiner Überzeugung nach tun kann. Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung an die anwesenden Inorganisierten, sich dem Ortsverein der Gärtner anzuschließen, und einem warmen Appell an die bereits gewonnenen Mitglieder, trotz aller Anfeindungen gegen die Gewerkevereine treu zur Sache zu halten.

Dem Vortrage folgte lebhafter Beifall und eine sehr rege Diskussion, die eingeleitet wurde von dem Beamten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Herrn Bernier. Dieser Herr erklärte, prinzipiell gegen die Ausführungen nichts einzuwenden zu können. Er wandte sich lediglich dagegen, daß die Gewerkevereine neutral seien. Das sei nicht der Fall, vielmehr neutral seien nur die „freien“ Gewerkschaften. Während er sich aber anfangs ganz anständig benahm, wurde er im weiteren Verlaufe der Debatte recht ausfallend, wofür ihm die Antwort nicht schuldig geblieben wurde. Eine große Anzahl Diskussionsredner trat diesem Gegner scharf gegenüber, und auch Kollege Lewin hielt im Schlußwort mit ihm eine so berbe Abrechnung, daß der Herr vorläufig wohl genug haben dürfte. Trotz dieser Zersplitterungsverläufe aber kann die Versammlung als wohlgeungen angesehen werden. Nicht allein, daß die Mitglieder des jungen Ortsvereins weitere Aufklärung über die Bestrebungen der Deutschen Gewerkevereine erhalten haben, waren auch wieder einige Neuaufnahmen zu verzeichnen. Bei dem vortrefflichen Giste, von dem die Mitglieder des Ortsvereins der Gärtner erfüllt sind, darf mit Sicherheit erwartet werden, daß der Gärtnerorganisation in Duedlinburg auf dem hohen der Deutschen Gewerkevereine eine gute Zukunft beschieden ist.

### Verbands-Teil

**Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fanden die Sitzungen aus - **Gewerkevereins-Liedertafel (G.-D.).** Zum Donnerstags, abends 8-11 Uhr. Abendungsband: u. Verbands - **Der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal).** Gäste herzlich willkommen. - **Diskussionsklub Noabit.** Nächste Sitzung am Freitag, 4. September bei Rabau, Malzstraße 53. - **Sonnabend, 8. August. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr bei Meldberg, Bergstr. 69. Vortrag über: „Gewerkevereinswahlen“. Referent: Kollege Rauer. Vorschläge für Kandidaten der Beisitzer und Schöffen. Da wichtige Punkte, vollständiges Erscheinen Pflicht. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr, Bruckstr. 36a. Mitteilungen, Vortrag des Kollegen D. Joseph über: „Die bevorstehenden Gewerkevereinswahlen“. Berufstatistalageheiten. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr bei Rabau, Malzstr. 53. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 6. Vortrag des Kollegen Wolter über: „Moderne Rechtsprobleme u. die Strafrechtsreform“. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abends 8 1/2 Uhr v. K. K. Feld, Mustauerstr. 55. Vortrag des Kollegen Fröhlich. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends von 8-10 Uhr Jahlabend bei Lehmann, Brunnenstr. 119. Rohlenbestellungen. Abrechnung der Billets. **Friedrichsberg. Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Sonnabend, 8. August, abends 8 1/2 Uhr bei im Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 5. L.-D. daselbst.

### Orts- und Bezirksverbände.

**Herrn (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Bittl, Schulte-Wattler, Diskussionsklub. - **Nachen (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Diskussionsabend bei Reuher, Ede Hansemannplatz und Füllherstraße. - **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poolstraße, Diskussionsklub. - **Spanand (Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine, G.-D.).** Jeden Dienstag, ab. 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstr., Sitzung. Gäste willkommen. - **Dresden (Ortsverband).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandbergrau, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. - **Brandenburg a. S. (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. - **Sagen u. Umg. (Diskussionsklub).** Zeit jeden Donnerstags, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. - **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Nachen, Restaurant „Zur Boh“, Züllicherstraße 72. - **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Donnerstags, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Eiferstraße. - **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. - **Hamburg (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pactow, Kaiser Wilhelmstraße. - **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsklub bei P. Eisenburger, Wannebeimerstraße. - **Wülheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Witt Joh. Müller, Sandstraße 88. - **Nachen (Ortsverband).** Sonntag, 16. August, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Wüfelen, Lokal Zw. Büden am Markt.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

### Verband der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.).

Hierdurch machen wir schon jetzt alle Verbandskollegen und Kolleginnen von Berlin und der näheren Umgebung darauf aufmerksam, daß am

**Sonntag, 20. September**  
nachm. 5 Uhr

in allen Räumen unseres Verbandshauses,  
Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/23,  
eine

**große Feier**

### 40 jährig. Bestehens der Deutschen Gewerkevereine

stattfindet. Wir bitten die Ortsvereinsvorsitzenden, schon jetzt in den Versammlungen auf diese Feier aufmerksam zu machen und für zahlreiches Besuch zu wirken. Das Fest muß sich zu einer großen Kundgebung für unsere Organisation gestalten.

Hervorragende Künstler haben ihre Mitwirkung zugesagt. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 80 Pfg. erhoben.

Der geschäftsführende Ausschuß.  
Z. A.: Karl Goldschmidt.

### Kassen-Abchluß der Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine pro II. Quartal 1908.

| Einnahme        |         | Ausgabe              |         |
|-----------------|---------|----------------------|---------|
| M               | S       | M                    | S       |
| Am Vortrag      | 1636 66 | Per Begräbnisgeld    | 805 -   |
| • Beiträgen     | 1297 66 | • Enschädigungen:    |         |
| • Eintrittsgeld | 11 50   | • Vertrauensmänner   | 82 76   |
| • Raution       | - 39    | • Vorstandssitzung   | 15 -    |
| • Zinsen        | 597 95  | • Hauptversammlungen | 10 55   |
|                 |         | • Kassenverwaltung   | 165 -   |
|                 |         | • Druckkosten        | 82 -    |
|                 |         | • Depot-Gebühren     | 3 -     |
|                 |         | • Porto und Abtrag   | 54 68   |
|                 |         | • Kassenbestand      | 2426 15 |
|                 | 3544 16 |                      | 8544 16 |

| Gesamtvermögen*)            |          | Reinwert |    | Rudwert |   |
|-----------------------------|----------|----------|----|---------|---|
| M                           | S        | M        | S  | M       | S |
| 3/4 Berliner Stadt-Anleihe  | 25900    | 24242    | 40 |         |   |
| 3/4 Deutsche Reichs-Anleihe | 68500    | 52546    | 25 |         |   |
| Kassenbestand               | 2426 15  | 2426 15  |    |         |   |
|                             | 91826 15 | 79214 80 |    |         |   |

Mitgliederzahl: 1580.  
Berlin, den 1. Juli 1908.  
R. Klein,  
Kassenführer.

Revidiert und richtig befunden:  
Berlin, den 30. Juli 1908.  
Die Hauptrevisoren:  
Rudolf Menzel,  
Paul Henkel, S. Scharff.

\*) Einschließlich der seitens des Hauptkassenführers und der Vertrauensmänner gestellten Raution in Höhe von 351,37 Mk.  
Effen (Ruhr). Herberge zur Heimat, Arbeitsnachweis u. Berpflegungskarten im Gewerkevereins-Bureau, Grohnhäuserstr. 53  
Göttingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei M. Sappert, Hauptstraße 48.

**Erfurt (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Wilh. Guhn Löwengasse 9.  
**Nachen (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung im Arbeitssekretariat Nachen, Walberstraße 71. Ebenfalls Arbeitsnachweis.  
**Chemnitz (Ortsverb.).** Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Belzel, Chemnitz-Gabeln, Klausstr. 64.  
**Bremen und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Ortsvereinskassierer Joh. Bedermann, Bremen, Erwinstr. 53.  
**Jena. (Ortsverband).** Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ede Oberlaingasse.  
**Leipzig-West (Ortsverband).** Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerkevereinskollegen die Karten für das Ortsverbandsgesamt bei den Verbandskassierern. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stahl Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.  
**Hannau a. Schlef. (Ortsverb.).** Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer S. Kolle, Ring Nr. 14.